

**Rainer-Michael Lehmann** (SPD):

Danke schön, Herr Präsident! Danke schön, Frau Senatorin! – Welche grundlegenden gesetzgeberischen Änderungen müssten Ihrer Meinung nach auf Bundesebene erfolgen, damit wir wieder auf ein normales Maß an Klagen zurückkommen?

**Präsident Walter Momper:**

Frau Senatorin von der Aue – bitte!

**Senatorin Gisela von der Aue** (Senatsverwaltung für Justiz):

Herr Abgeordneter Lehmann! Wie Sie wahrscheinlich wissen, haben wir als Berliner eine Arbeitsgruppe der Justizministerkonferenz angeregt und auch die Federführung in derselben gehabt, um Vorschläge für eine Reform des Sozialgesetzbuchs II zu erarbeiten. Wir haben mit den Ergebnissen in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit der Konferenz der Arbeits- und Sozialminister dann weitere Vorschläge erarbeitet, die leider nicht in entsprechendem Umfang Eingang in die jetzige Novelle der entsprechenden Gesetze gefunden haben. Wir haben beschlossen, weiterhin auf der Basis dieser Arbeit, die ja nicht umsonst sein soll, über die Justizministerkonferenz möglicherweise Bundesratsinitiativen zu ergreifen. Das betrifft eine sehr große Palette von Maßnahmen. Wir hatten beispielsweise vorgeschlagen, die bisherige horizontale Berechnung des Bedarfs der Bedarfsgemeinschaften in eine vertikale umzuwandeln. Wir haben bei der aktuellen Novelle gefordert, dass der Lernbedarf so präzise formuliert werden soll, dass es nicht wieder zu weiteren Klagen führt. Wir wollen eine Vereinfachung der komplizierten Einkommensanrechnung. Auch sind wir für die Abschaffung der in meinen Augen bedenklichen Sonderregelung von Sanktionen bezüglich unter 25jähriger.

Ich könnte sicherlich noch eine Weile fortfahren. Wir sind jetzt gerade verabredet, die Sozialgerichte in Berlin und Brandenburg und das Landessozialgericht noch einmal anzuschreiben, welche der vorhandenen Vorschläge wir prioritär in Angriff nehmen sollten, um möglichst eine Entlastung der Sozialgerichtsbarkeit zu erreichen.

**Präsident Walter Momper:**

Danke schön, Frau Senatorin! – Es gibt eine Nachfrage des Kollegen Braun von der CDU-Fraktion. – Bitte schön, Herr Braun!

**Michael Braun** (CDU):

Frau Senatorin! Nun lese ich in der Zeitung, dass viele Klagen erfolgreich sind. Wenn ich richtig informiert bin, sind es über 50 Prozent. Es stellt sich die Frage, warum man nicht von vornherein im Mediationsverfahren oder vielleicht im Zusammenspiel mit der Verwaltung darauf hinwirkt, dass diese tatsächlich auch Bescheide erlässt, die nicht erst durch die Gerichte aufgehoben werden müs-

se, wenn man die Klagewut der Hartz-IV-Empfänger reduzieren will.

**Präsident Walter Momper:**

Frau Senatorin von der Aue, bitte!

**Senatorin Gisela von der Aue** (Senatsverwaltung für Justiz):

Herr Abgeordneter Braun! Sie haben vollkommen Recht. Wir haben in Berlin eine außerordentlich hohe, jedenfalls teilweise Erfolgsquote von über 50 Prozent. Darüber hinaus ist festzustellen, dass die Hartz-IV-Verfahren in ungefähr 80 Prozent der Fälle ohne ein Urteil erledigt werden. Es werden in der Regel Vergleiche geschlossen, oder die Klagen werden zurückgenommen. Das liegt hauptsächlich auch daran, dass nach unserer Auffassung in den Jobcentern zu wenig Zeit dafür vorhanden ist, dass die Mitarbeiter den betroffenen Bescheidempfängern die Bescheide auch wirklich erklären können, sodass diese Arbeit nachher von den Gerichten durchgeführt werden muss. Insofern haben Sie hinsichtlich der Mediation vollkommen Recht. Wir plädieren auch sehr dafür, dass sich die Jobcenter eine Möglichkeit oder eine Organisationsform überlegen, wo sich die einzelnen Betroffenen mit solchen im Jobcenter informieren können. In diesem Zusammenhang hat auch die Präsidentin des Sozialgerichts Berlin die Forderung erhoben, wiederum diese Pauschalgebühr einzuführen, um die Jobcenter „zu motivieren“ hier doch mehr in der Beratung und Aufklärung tätig zu werden.

**Präsident Walter Momper:**

Danke schön, Frau Senatorin!

Es geht mir der nächsten Frage weiter zu dem Thema

**Missbrauch personenbezogener Daten  
für Parteiinteressen oder Umsetzung des  
Kindertagesförderungsgesetzes**

– Bitte schön, Frau Demirbükten-Wegner!

**Emine Demirbükten-Wegner** (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich frage den Senat:

1. Auf welcher rechtlichen und gesetzlichen Grundlage und mit welchen politischen Absichten hat der Senat die Eltern mit Kindern im Kitaalter angeschrieben, um über die Veränderungen der Kostenbeitragspflicht in der Kindertagesbetreuung zu informieren?
2. Wie viele Briefe wurden insgesamt versandt, und wie viele der versandten Briefe konnten nicht zugestellt werden?

**Präsident Walter Momper:**

Bitte schön, der Senator für Bildung, Herr Prof. Zöllner hat das Wort!

**Senator Dr. Jürgen Zöllner** (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Demirbükten-Wegner! Zu Ihrer Frage 1: Wir reden über einen Brief, den wir an die rund 55 000 Eltern von Berliner Kita-Kindern geschickt haben, und zwar nur an diese Eltern. Es ist ein Brief, der darüber informiert, dass sie seit Anfang dieses Jahres für das dritte Kindergartenjahr keine Beiträge mehr zahlen müssen. Dies entspricht der Prioritätensetzung des Berliner Senats und des Abgeordnetenhauses. Es ist eine reine Selbstverständlichkeit, dass wir die Betroffenen über einen solchen Sachverhalt informieren.

Die Information der Eltern wird zu Recht auch immer und gerade von ihnen als Opposition eingefordert und im Fachausschuss artikuliert, damit wir möglichst alle Eltern über das Berliner Kindergarten- und Kitasystems in Kenntnis setzen. Wir haben dafür rund 28 000 Euro ausgegeben, also pro Haushalt etwa 50 Cent. Wir haben die Eltern mit diesem Brief gebeten, in ihrem Umfeld, in der Nachbarschaft, auf den Spielplätzen auch solche Eltern auf einen Kitabesuch anzusprechen, die ihre Kinder bisher zu Hause lassen. Wir wissen, dass die Kommunikation zwischen gerade diesen Gruppen besonders zielgerichtet und stark.

Sie, sehr geehrte Frau Abgeordnete, wissen so gut wie ich und die anderen Mitglieder des Abgeordnetenhauses, wie wichtig die frühkindliche Förderung von Sprache und Motorik sowie gesunde Ernährung in den Kindergärten sein kann. Deshalb hoffe ich auch auf Ihre Unterstützung, gerade wenn es darum geht, für den Kitabesuch zu werben.

Ich sehe mich rechtlich wie gesetzlich sogar in der Pflicht, die Bürgerinnen und Bürger über wesentliche, sie alleine betreffende Angelegenheiten so gut wie möglich zu informieren.

[Benedikt Lux (Grüne): Das war schon alles bekannt!]

Ich denke, dies nach dem Gebot wirtschaftlicher Sparsamkeit getan zu haben. Es ist, und damit kann ich auf den Zwischenruf quasi wie vorprogrammiert eingehen, mitnichten so, dass die Eltern aufgrund unserer vielfältigen Veröffentlichungen wie Kitaflyer oder Pressemitteilungen über diese Entscheidung ausreichend informiert waren. Das haben mir die Rückmeldungen zahlreicher Eltern in meinem Haus gezeigt. Insbesondere die Kolleginnen und Kollegen der Grünen-Fraktion haben im Abgeordnetenhaus im Fachausschuss mehrfach zusätzliche Informationen in diesem Bereich gefordert, was wir gern in diesem Zusammenhang getan haben

Zur Frage 2: Insgesamt wurden 55 300 Briefe verschickt, von denen lediglich 272 unzustellbar waren.

**Präsident Walter Momper:**

Danke schön! – Es gibt eine Nachfrage von Frau Demirbükten-Wegner. – Bitte schön!

**Emine Demirbükten-Wegner** (CDU):

Herr Senator! Unabhängig davon, dass Sie bei der Beitragsfreiheit das Essensgeld von 23 Euro unterschlagen haben, die nicht dazu gehören habe ich noch eine Frage. Grundsätzlich hätte es dieses Briefes gar nicht bedurft, denn alle Eltern haben automatisch durch die Jugendämter aus dem ISBJ-Verfahren eine Kostenneurechnung erhalten. Können Sie es mit Ihrem Gewissen vereinbaren, die 28 000 Euro für Ihr Image verwendet zu haben, anstatt diesen Betrag in die Bildungsqualität zu investieren?

**Präsident Walter Momper:**

Herr Senator Prof. Zöllner, bitte schön!

**Senator Dr. Jürgen Zöllner** (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung):

Damit das klar ist: Dieses sind Leistungen der Stadt und nicht Leistungen des Senators Zöllner oder der Person Jürgen Zöllner. Wenn es verdienstvoll ist, was hier getan wurde, ist es der Verdienst dieses Abgeordnetenhauses und seiner Mehrheitsbildung, dass der zentrale Punkt, dass es ein Bildungselement ist, im Kitabereich keine Schranken durch Einkommen und finanzielle Kraft der Eltern zu haben und diese Institution zu besuchen, ein Verdienst des Abgeordnetenhauses ist. Dann muss man es den Betroffenen mitteilen. Ich kann nur darauf verweisen, dass ich sowohl in meiner schriftlichen Beantwortung gesagt habe als auch immer wieder im Fachausschuss gefordert habe – im Übrigen beide Oppositionsparteien –, dass zusätzliche zielgerichtete Informationen an die Eltern notwendig sind. Dass es sich nicht um eine gestreute Information zur Imagebildung des Senats handelt, ist daraus ersichtlich, dass wir nicht den Weg einer Annonce in einer Zeitung oder etwas Ähnlichem gegangen sind.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

**Präsident Walter Momper:**

Danke schön, Herr Senator! – Jetzt folgt der Kollege Lux mit einer Nachfrage. – Bitte schön, Herr Lux!

**Benedikt Lux** (Grüne):

Danke schön, Herr Präsident! Herr Prof. Zöllner! Vor dem Hintergrund, dass der Nachrichtenwert in Ihrem Brief gleich Null war, bis auf die Tatsache, dass Sie und Herr Wowereit sich unglaublich „geil“ fühlen, eine Beitragsfreiheit gewährt zu haben, frage ich Sie